



Bern, 5. Juni 2007

Direktion FPI
z.H. Herrn Werner Meile, Personalamt
Schwanengasse 14
3011 Bern

Vernehmlassung: Teilrevision des Personalreglements der Stadt Bern (PRB) im Rahmen der Haushaltverbesserungsmassnahmen 2008

Sehr geehrte Damen und Herren
Sehr geehrter Herr Meile

Gerne nehmen wir im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens Stellung zur Teilrevision des Personalreglements der Stadt Bern.

Allgemeine Bemerkungen

Im Zentrum der Vernehmlassung steht die Änderung beim Teuerungsausgleich in Artikel 26. Im Rahmen der notwendigen Haushaltverbesserungsmassnahmen 2008 wird vom Gemeinderat auch ein Beitrag von Seiten des Personals verlangt, was einen Verzicht auf den Teuerungsausgleich per 1.1.2008 bedeutet. Das Grüne Bündnis weist darauf hin, dass der (teilweise) Verzicht auf den Teuerungsausgleich eine unerfreuliche und unerwünschte Entwicklung ist und nur als „Ultima-ratio“ zu akzeptieren ist. Das städtische Personal hat in den letzten Jahren unter grosser Belastung gearbeitet. Aufgrund der konjunkturellen Lage ist es zudem aus der Sicht der Stadt notwendig, als Arbeitgeberin auf dem Platz Bern attraktiv und konkurrenzfähig zu bleiben. Zudem ist der Ausgleich der Kaufkraft auch aus volkswirtschaftlicher Sicht sinnvoll.

Im Anbetracht der finanziellen Situation der Stadt Bern und insbesondere aufgrund der Tatsache, dass die Regelung für 2008 in Verhandlungen mit den Personalverbänden – einvernehmlich – zustande gekommen ist, ist das Grüne Bündnis bereit, diese grundsätzlich zu akzeptieren.

Zu den einzelnen Artikeln

A. Teuerungsausgleich, Art. 26

Statt wie bisher die Teuerung in „ausserordentlich schwieriger finanzieller Lage der Stadt Bern“ zu mindestens zwei Dritteln auszugleichen, kann die Stadt neu „die Teuerung lediglich teilweise oder durch eine nicht versicherte Einmalzulage ersetzen.“

Wie bereits einleitend ausgeführt, fordert das GB normalerweise den vollen Teuerungsausgleich für die Beschäftigten. Dieser soll auch rentenbildend im Sinne der

Pensionskasse sein, was mit einer „Einmalzulage“ nicht gewährleistet ist. Das Grüne Bündnis kann die vorliegende Regelung nur deshalb akzeptieren, weil sie ein Kompromiss zwischen dem Gemeinderat und den Sozialpartnern ist. Daher soll diese Voraussetzung auch verankert werden. Das GB schlägt daher folgende Ergänzung vor:

„... Bei ausserordentlich schwieriger finanzieller Lage der Stadt Bern kann die Teuerung lediglich teilweise ausgeglichen oder durch eine nicht versicherte Einmalzulage ersetzt werden, [NEU unterstrichen:] sofern mit den Sozialpartnern eine einvernehmliche Lösung gefunden wird.“

B. Anpassungen an NSB (Art. 1, 4 und 8), insbesondere zu Art. 4 (Stellenpläne)

Mit der Streichung von Art. 4 (und den Anpassungen in Art. 1 und 8) verliert der Stadtrat die Einflussnahme auf die Schaffung von Stellen. Dies wird mit der Einführung von NSB begründet, die nur noch über das Produktgruppenbudget steuert.

Das Grüne Bündnis ist gegen die Streichung von Art. 4 (inkl. Anpassungen in Art. 1 und 8), da damit das Parlament Einflussmöglichkeiten und auch Informationen verliert.

Eventualiter fordert das GB sinngemäss einen neuen Artikel 4: „Der Gemeinderat hat dem Stadtrat jährlich den aktuellen Bestand an (besetzten und unbesetzten) Stellen nach Direktionen (und nach Anzahl Köpfen, je nach Geschlecht) bekannt zu geben. Dabei sind Veränderungen gegenüber dem Vorjahr zu erläutern.“

C. Umplatzierung, Art. 60

Umplatzierungen sollen statt heute zentral durch das Personalamt künftig dezentral von den Direktionspersonaldiensten gemacht werden.

Das Grüne Bündnis ist einverstanden, sofern gewährleistet wird, dass das Personalamt die Koordination und Information innerhalb der dezentralen Direktionspersonaldienste gewährleisten kann und eine einheitliche Praxis entsteht. Die Anhörung der Betroffenen und der Personalverbände ist zu sichern.

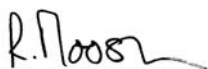
D. Art. 92 (Anpassung aufgrund Auslagerung EWB)

Einverstanden

Wir danken im Voraus für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen

Grünes Bündnis Bern



Reto Moosmann
gb.sekretariat



Natalie Imboden
gb.Präsidentin